

# BERLINER RUNDSCHAU



Die CDU Berlin  
fordert mehr  
Videoüberwachung

*Ihre Meinung ist  
uns wichtig!*

Seite 4

# 79 Prozent sagen „Ja“ – Rot-Rot-Grün lehnt Videoüberwachung ab

Der Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz und der schnelle Fahndungserfolg nach einem Angriff auf einen Obdachlosen in U-Bahnhof Schönleinstraße haben die Debatte über den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen neu angeheizt.

„Wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt auch zukünftig frei und sicher leben können“, erklärt die Landesvorsitzende der Berliner CDU, Monika Grütters. „Deswegen müssen wir die Sicherheitsbehörden noch besser in die Lage versetzen, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.“ Auch eine deutliche Mehrheit der Deutschen unterstützt diese CDU-Forderung, Videoüberwachung an gefährdeten Orten zu ermöglichen. Anfang des Jahres 2017 sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage des ARD-Deutschland-Trends 79 Prozent der Befragten für die Ausweitung dieses Instruments an öffentlichen Plätzen aus.



Monika Grütters: „Wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt auch zukünftig frei und sicher leben können.“

Die neue rot-rot-grüne Berliner Landesregierung erteilte nach ihrer Senatsklausur Anfang dieses Jahres dem verstärkten Einsatz von Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten dennoch eine klare Absage. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller konnte sich mit Innensenator Geisel (beide SPD) hinsichtlich der dringend notwendigen Ausweitung dieses

Instruments nicht gegen die kleineren Koalitionsparteien Linke und Grüne durchsetzen. Damit kann Videotechnik auch zukünftig nicht dauerhaft an gefährlichen Orten in der Stadt eingesetzt werden. Bereits im Sommer des vergangenen Jahres verhinderte gerade die SPD-Fraktion mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh in letzter Minute den Gesetzesentwurf der CDU zur Ausweitung der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten, wie zum Beispiel dem Alexanderplatz. Damals hätte es noch eine Mehrheit der großen Koalition im Abgeordnetenhaus gegeben. Umso erstaunlicher war es, dass genau dieser SPD-Fraktionsvorsitzende



Monika Grütters mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei einer Diskussion mit Berliner Schülern

sich nun gerade nicht darauf versteifte, die Regierungserklärung seines Parteifreundes und Vorsitzenden Müllers zu loben, sondern mit allem Nachdruck an die SPD-geführte Regierung gerichtet erklärte: „Niemand versteht, dass das an Bahnhöfen erlaubt ist, an kriminalitätsbelasteten Orten aber nicht. Das passt nicht zusammen.“

Insoweit scheint er einer Meinung mit der CDU-Landesvorsitzenden Monika Grütters: „Ich kann nicht nachvollziehen, dass der verstärkte Einsatz intelligenter Videotechnik aus rein ideologischen Gründen abgelehnt wird.“ Rot-Rot-Grün verzichte damit auf ein Instrument, das in den letzten Wochen und Monaten nachweislich zur Aufklärung zahlreicher Gewaltverbrechen beigetragen hat. Verantwortliche Sicherheitspolitik für die Berlinerinnen

und Berliner sieht anders aus. „Rot-Rot-Grün muss seinen innenpolitischen Kurs dringend korrigieren“, fordert auch der Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers. Den SPD-Fraktionsvorsitzenden Saleh fordert Evers auf, dem CDU-Antrag, der ein Mehr an Videoüberwachung fordert, im Parlament zuzustimmen. Evers: „Für Saleh gilt das Gleiche wie für Müller. Beim Thema Videoüberwachung geben beide vor dem Sprung den Tiger, um dann als Bettvorleger vor Linken und Grünen zu landen.“

*„Der Start von Rot-Rot-Grün ist vermässelt.“*

*(Michael Müller im SPD-Landesvorstand am 16.01.2017, Berliner Morgenpost vom 17.01.2017)*

Zunehmend hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Videoüberwachung nicht nur dabei hilft, Straftaten aufzuklären, da nur durch die veröffentlichten Bilder der Kameras Straftäter identifiziert und festgenommen werden können. Sie schreckt

auch Täter ab, weil schnelle

Entdeckung und damit Strafe drohen. Der jahrelange Forderung der CDU Berlin nach Videoüberwachung auf ausgewählten öffentlichen Plätzen und Straßenschließen sich auch zahlreiche namhafte Sicherheitsexperten an. So urteilt beispielsweise Michael Böhle, Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter von Berlin-Brandenburg, in einem Interview mit der Welt. „Natürlich helfen Kameras auch präventiv, weil Täter fürchten, entdeckt zu werden.“

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) setzen aus diesen Gründen seit Jahren ebenfalls auf Videokameras. Mittlerweile

werden auf allen U-Bahnhöfen, in allen U-Bahn-Zügen sowie in den meisten Bussen und Straßenbahnen Kameras

eingesetzt. Der Erfolg spricht für sich. Die installierten Kameras sorgen nicht nur dafür, dass sich die Fahrgäste sicherer fühlen, sondern die Sicherheit hat

sich auch tatsächlich erhöht. Zu beobachten sei ein deutlicher Rückgang der Gewaltdelikte, aber auch des Vandalismus, so BVG-Sprecher Markus Falkner im rbb-Inforadio.

„Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit“, erklärt der Generalsekretär Evers. Für die Berliner Union bleibt dieses wichtige Thema deshalb auf der politischen Agenda. Die Christdemokraten werden sich auch weiterhin für den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten einsetzen, da für die Union die Bekämpfung von Kriminalität und die Aufklärung von Straftaten höchste Priorität besitzen. Gleichzeitig gilt jedoch auch, dass Videoüberwachung allein nicht ausreicht. „Um den bestmöglichen Schutz der Berliner Bevölkerung zu gewährleisten,



setzen wir auf einen Zweiklang aus mehr Polizeipräsenz und moderner Videotechnik“, so Stefan Evers, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist.

## „ROT-ROT-GRÜN IM BUND: BERLIN ALS ABSCHRECKENDES BEISPIEL“

„Wo die Meldung: „SPD-Fraktionschef steht zu Rot-Rot-Grün“ zur Nachricht wird, ist die Schizophrenie politisches Konzept.“ (TAZ vom 21.01.2017)

„Das Bündnis wird sich mangels Alternativen weiterschleppen. Aber als ein Modell für den Bund hat Rot-Rot-Grün nach dem Streit um Holm wohl endgültig ausgedient.“ (Joachim Fahrner, Berliner Morgenpost vom 17. Januar 2017)

„Chaos-Tage bei Rot-Rot-Grün in Berlin“ (Tagesspiegel vom 13. Januar 2017)

„Saleh giftet gegen eigene Regierung“ (Bild vom 13. Januar 2017)

„Nach 38 Tagen löst sich die Idee von Rot-Rot-Grün in Luft auf.“ (BZ vom 16. Januar 2017)

„Die Affäre um den stasibelasteten Staatssekretär Andrej Holm hat aus dem Senatsbündnis des „Guten Regierens“ eine Chaos-Koalition gemacht.“ (BZ vom 16. Januar 2017)

„Nach nicht einmal 40 Tagen im Amt lässt sich sagen: Noch kein anderer Senat hat seinen Start so dermaßen vergurkt, noch nie waren die beteiligten Parteien in dieser Phase so sehr mit sich selbst beschäftigt.“ (Tagesspiegel vom 17. Januar 2017)

„Eine klare Strategie dieses Senats ist für die Bürger nicht erkennbar. Da ist es fatal, wenn selbst der Regierungschef keine Orientierung bietet.“ (Tagesspiegel vom 13. Januar 2017)

„Mutlos, kraftlos, peinlich – das Zeugnis für die ersten Wochen des Senats kann kaum schlechter ausfallen.“ (Berliner Morgenpost vom 7. Januar 2017)

„Rot-Rot-Grün im Bund: Berlin als abschreckendes Beispiel“ (Tagesspiegel vom 18. Januar 2017)

V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Redaktion: Dirk Reitze, Janine Pietsch; Satz/Bild: Stefan Liefländer; Fotos: iStock@LUke1138, privat, D. Reitze

# Rot-rot-grüner Start in die Krise

Die Linkskoalition steht nach wenigen Wochen vor dem Abgrund. Der eigene Anspruch vom „Aufbruch“ und dem „guten Regieren“ klingt wie blanker Hohn. Mittlerweile ist Rot-Rot-Grün sogar mit Schadensbegrenzung überfordert und die Koalition wird zur schweren Belastung für unsere Stadt, betont der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Florian Graf.

**Schon der Auftakt ließ nichts Gutes erahnen. Auf 177 Seiten Koalitionsvertrag machte sich das Linksbündnis zur bundesweiten Lachnummer und ernstete sogar in den eigenen Bundesparteien nur Kopfschütteln und Gelächter. Von der Förderung von Holzhütten bis zur Umwandlung Berlins in eine „Essbare Stadt“, ließ R2G kaum eine Kuriosität aus. Dabei wollte man doch als Modellprojekt für die Bundestagswahl dienen. Inzwischen dient man nur noch als abschreckendes Beispiel.**

Daran dürfte auch der Umgang mit der Personalie Holm einen großen Anteil gehabt haben. Mit der Einstellung des ehemaligen MfS-Offizierschülers wollte die Linkspartei ihre Grenzen in der Koalition austesten. Dass der kurzzeitige Baustaatssekretär Verbindungen zur linksextremen Szene hat und bei seiner Einstellung an der HU seinen Lebenslauf zurechtgelogen

hatte, spielte bei der Ernennung keine Rolle. Dass Holm als Staatssekretär auf Dauer nicht zu halten war, hätte klar sein müssen. Um den kalkulierbaren Schaden für die Koalition rechtzeitig abzuwenden,



hätte es einen Regierungschef mit Führungsstärke gebraucht. Das Machtwort Müllers kam viel zu spät.

Ähnlich verheerend war der rot-rot-grüne Umgang mit der Sicherheitspolitik. Für Mitte Januar kündigte R2G mit einer Senatsklausur dringend notwendige

Korrekturen in der Sicherheitspolitik an. Ganze drei Wochen brauchte die Koalition, um auf den verheerenden Anschlag am Breitscheidplatz zu reagieren. Heraus kam ein Sicherheitspaketchen. Bei der Ausweitung der Videoüberwachung konnte sich Müller erneut nicht durchsetzen.

Mehr als kurios wirkte dabei die Parlamentsrede seines SPD-Fraktionsvorsitzenden Saleh. In einem Generalangriff gegen Müller und die rot-rot-grüne Koalition forderte er eine härtere Gangart in der Sicherheitspolitik und den Ausbau der Videoüberwachung. Saleh tat ganz so, als hätte er mit der Blockade der Videoüberwachung durch die SPD in der rot-schwarzen Koalition nichts zu tun gehabt und als sei er an der Senatsklausur nicht beteiligt gewesen. Dieses Auftreten zeigt, in welchem Machtkampf sich die SPD befindet.

Vom eigenen Anspruch des „guten Regierens“ meilenweit entfernt, hat in den ersten Wochen von R2G nur der Stillstand regiert. Die Linkskoalition konzentriert sich lieber auf sich selbst. Machtkämpfe und Schuldzuweisungen bestimmen das Bild. Anspruch und Wirklichkeit könnten nicht weiter auseinander liegen. Dass dieses Bündnis bis 2021 hält, daran glaubt niemand mehr. Doch Berlin ist zu wichtig und die Probleme zu drängend, um die Zeit mit ideologischen Spielereien und verantwortungslosen Machtkämpfen zu vergeuden. Daher lautet mein Appell an die Linkskoalition: Stellen sie sich den Realitäten, legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab und erarbeiten Sie ein umfassendes Konzept zur Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner und für die Zukunft unserer Stadt!



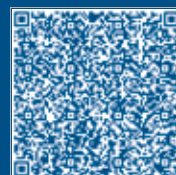
**Videoüberwachung:  
Ihre Meinung ist uns wichtig.**

## Beteiligen Sie sich an unserer Umfrage

Sind Sie für mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen. Und wenn ja, wo?

**Sagen Sie uns Ihre Meinung. Schicken Sie uns Ihre Idee. Damit Berlin sicherer wird.**

Postalisch an: CDU Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin



Oder scannen Sie einfach den QR-Code, um uns Ihre Meinung zur Videoüberwachung zu schicken (E-Mail an: [umfrage@cdu.berlin](mailto:umfrage@cdu.berlin))